Julia Klöckner für strengere Überprüfung von „Gefängnis-Imamen“

30. Mai 2017

Mainz (KNA) Die stellvertretende CDU-Vorsitzende und rheinland-pfälzische CDU Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner fordert eine strengere Überprüfung sogenannter Gefängnis Imame, die Seelsorgeangebote für muslimische Strafgefangene machen.

Es sei „unverantwortlich, dass das Land Rheinland-Pfalz keine Bedingungen an Imame stellt, die als Seelsorger in Gefängnisse gehen“, kritisierte Klöckner am Sonntag. Die Landesregierung weigere sich zudem, „die Lehre der Gefängnis-Imame und ihr Gedankengut zu überprüfen, wie das andere Bundesländer selbstverständlich praktizieren“. Natürlich, so Klöckner weiter, bräuchten Menschen in schwierigen Lebenssituationen auch die Möglichkeit für Gespräche mit einem Seelsorger – „das gilt auch für inhaftierte Muslime“. Aber dem Staat könne es nicht egal sein, wer mit welchen Lehren in die Gefängnisse gehe: „Deshalb schlagen wir seit langem vor, einerseits die Gefängnisseelsorge auszubauen, andererseits aber Bedingungen zu stellen und zu überprüfen, wer seelsorgerischer Vertrauter von Inhaftierten wird.“

Dass die Türkei „und somit Herr Erdogan“ unter anderen bestimme, mit welchem Gedankengut Inhaftierte hierzulande konfrontiert würden, sei nicht tragbar, mahnte Klöckner: „Radikalisierungen und Desintegration werden nicht selten durch radikale Imame, die die Aufklärung und unser Rechtssystem ablehnen, befeuert.“ Imame sollten in Gefängnisse gehen dürfen, „aber nur solche, die auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen, die glaubwürdig zur Einhaltung unseres Rechtsstaates, zur Friedfertigkeit, Integration und Toleranz stehen.“

(KNA – rkpms-89-00068)

Stand: 27. November 2026